

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Anstalt frei ins Haus monatlich 1.00 Mark. Bestellungen nehmen die Anstalt und für Rußland die Postanstalten entgegen. — Erscheinung: wochentlich, Freitag ausgenommen. — Anstalt: Nr. 53, Telegraphenamt, Erzgebirge.

Ausgabenpreis: Die Abbestellung des Blattes für Anzeigen aus Aue und Umgebung 10.00 Mark, auswärts 12.00 Mark, National-Post 15.00 Mark. Bei größeren Abbestellungen aufzugeben: Adressen.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 233

Donnerstag, den 5. Oktober 1922

17. Jahrgang

Brot Sorgen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Kaum haben uns die Reparationsfragen eine kurze Atempause gegönnt, da melken sich die inneren Sorgen zu Wort und pochen mit hartem Knöchel Einlaß beischend an die Tür. Diese inneren Sorgen mehren sich mit der fortschreitenden Geldentwertung und der damit immer größer werdenden Deckerung von Tag zu Tag und drohen nochgerade unser ganzes Volk mit wenigen Ausnahmen völlig zu proletarisieren. Das nächste große innerpolitische Problem, das steht auf der Tagesordnung erscheint und leider auch die Möglichkeit einer inneren Krise in sich birgt, ist die von der Reichsregierung beschlossene Reduzierung des Getreideumlagepreises für das erste und zweite Viertel, durch die sich der Preis des Markbrottes um etwa das Doppelte erhöhen wird. Es ist keine Frage, daß dieser Beschluß von tief einschneidender Wirkung für den weitaus größten Teil der Volksgemeinschaft ist. Denn das Brot ist das wichtigste Lebensnahrungsmittel, dessen Verzehrung angeht für die weitaus meisten der arbeitenden Klassen aller übrigen Nahrungs- und Bedarfsmittel vor allem die Minderbemittelten besonders hart trifft. Dieser Erkenntnis verschließt sich gewiß auch die Regierung nicht. Ebenfalls aber kann sie sich der Einsicht verschließen, daß sie der Zwangslage Rechnung tragen muß, die darin liegt, daß der Umlagepreis zu einer Zeit beschaffen wurde, zu der die heutige Geldentwertung noch ganz und garnicht voraussehbar war, und daß er also einigermaßen dem jetzigen Geldwert angepaßt werden muß. Es ist zwar ein ausgezeichnetes propagandistisches Mittel, sich auf den Standpunkt zu stellen, wie es die Vereinigte sozialdemokratische Partei tut, daß jede Preisverhöhung grundsätzlich abzulehnen sei. Ob dieses Mittel aber in der Zeit auch Erfolg verspricht, der Erfolg nämlich, daß das Brotgetreide auch abgelehnt würde, steht dem doch auf einem anderen Blatt. Schon bisher sind von dem umlagepflichtigen Getreide nur wenig über 120 000 Tonnen zur Molkerei gelangt, gegenüber 400 000 Tonnen im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, und es wäre sehr zu bezweifeln, daß bei Minderhebung des Preises die notwendige Menge noch weit mehr hinter dem Vorkurs der Nachfrage, und daß also die ganze Brotversorgung in Frage gestellt würde. Verwirrt also das „Mittelmäßige“ auf der einen Seite keine Rettung, so werden sich der Reichs-Landbund und die hinter ihm stehende deutschnationale Volkspartei andererseits ebenso klar darüber sein müssen, daß diese Beschneidung des Umlagepreises die äußerste Grenze des Tragbaren darstellt und von einer Besserung gar keine Rede sein kann. Aus der Rücksichtnahme Ihrer Presse darf man denn wohl auch schließen, daß sie sich damit zufrieden geben würde.

Weniger durchsichtig ist für den Augenblick noch die Haltung der Sozialdemokratie. Sie hat sich bekanntlich auf ihrem Parteitag auf die Nichtbeteiligung festgelegt und ihre Reichstagsfraktion hat desgleichen getan. Ihre Minister aber haben bei der Abstimmung im Kabinett der Tapferkeit besseres Teil gewährt und sich der Stimme enthalten. Ob man unter diesen Umständen von einem Konflikt zwischen der Partei und ihren Ministern sprechen kann, ist eine müßige Frage. Die Stellung des Reichstagsfraktion wird von alledem nicht berührt. Der Kanzler will bekanntlich in Urlaub und hat die Verhandlungen über diese Frage seinem Vertreter, dem Reichskanzler Bauer, überlassen, von dem er glauben durfte, daß gerade er die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie mindestens ebenso gut führen könne, wie er selbst. Vielleicht ist diese Tatsache nicht ohne Bedeutung, wenn jetzt der Vormarsch in verlaufener Wendungen so etwas wie einen Rückzug antritt und meint, die Prophezeiung kritischer Ereignisse sei mindestens erfüllt. Wenn er dazu noch meint, man solle in der Sozialdemokratie solchen Absichten sehr ruhig entgegen, wenn etwa anderwärts die Meinung bestehen sollte, aus der Sache ein regelrechtes politisches Krisen zu entwickeln, so müte das sogar fast wie eine Metonymie an. Unseres Wissens ist keine Partei schiffbrüchig, auch nur im entferntesten daran zu denken. Was die Demokratie angeht, so werden sie unentwegt bemüht bleiben, diese kritische Angelegenheit ohne jeden politischen Beigeschmack zu schlichten und darzutun. Für sie ist die ganze Angelegenheit nichts als eine Art von Rechenerempel, das nach Recht und Billigkeit darzutun ist, daß zwischen der dreifachen Erhöhung und der Abhebung jeder Erhöhung ein mittlerer Weg gefunden werde, der zwar, wie vorausgesehen, weder Konsumenten noch Produzenten ganz befriedigen, aber doch den Interessen beider Teile einigermaßen gerecht wird. Nach wie vor hoffen sie, daß dieses ihr Bestreben bald von Erfolg gekrönt werde, sobald der Reichstag, wenn er am 18. Oktober zusammentritt, nicht unabsehbare parlamentarische Schwierigkeiten vorfindet.

Angeht die schwere Belastung, die die Erhöhung des Brotpreises für die minderbemittelte Bevölkerung mit sich bringt, hat die Regierung angekündigt, daß sie noch im Laufe dieser Woche mit den Vertretern der Arbeitgebervereinigungen über eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter in Verhandlungen eintritt. Das ist gewiß gut und notwendig, und kein Mensch wird den davon betroffenen Arbeitern diese Erhöhung weiden. Allein, es gibt noch andere Verdienstgruppen, die nicht in der angenehmen Lage sind, diese neue Verteuerung des Lebensunterhalts durch Steigerung ihres Einkommens irgendwie auszugleichen zu können. Das sind vornehmlich die Kreise des gewerblichen Mittelstandes, des Handwerks, Kleinhandels und nicht zuletzt die freien Berufe, die die geistigen Arbeiter umfassen, von den Akademikern gar nicht zu reden. Was gebietet die Regierung zu tun, um sie vor dem völligen Versinken in das Proletariat und vor dem immer mehr drohenden Verhungern zu schützen?

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

Der Reichsverkehrsminister hat den künftigen Ausschuss des Reichseisenbahnrates auf heute Donnerstag zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen, um mit ihm über notwendig werdende weitere Tarifierhöhungen in Güter- und Personenverkehr zu beraten. Dabei sollen auch die Beschwerden der Öffentlichkeit über die billigen Personentarife für Ausländer besprochen werden. Nachdem der Ausschuss des Reichseisenbahnrates, wie erinnerlich, am 18. September sich gegen die zum 1. Oktober beschlossene 60prozentige Erhöhung der Gütertarife ausgesprochen und eine geringere Tarifierhöhung vorgeschlagen hatte — ein Vorfall, dem sich der Reichsverkehrsminister damals angeschlossen —, muß nunmehr bereits zum 15. Oktober eine erneute 60prozentige Erhöhung der Gütertarife eintreten. Daß diese zum 1. Oktober durchgeführte Tarifierhöhung nicht ausreicht, um die vermehrten Ausgaben zu decken, hand für den Reichsverkehrsminister damals schon fest. Die Angleichung der Eisenbahnerlöhne an die Löhne der Privatwirtschaft und die damit verbundene Aufbesserung der Beamtengehälter belastet die Reichsbahn für die Zeit vom 1. September bis 1. April mit rund 45 Milliarden Mark. Dazu kommen die weiteren Gehalts- und Lohnerhöhungen, die sich aus den zuletzt schwelenden Verhandlungen über die Neueingehaltung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne ergeben. Die neue Kohlenpreiserhöhung und die damit automatisch bedingte Erhöhung der Eisenpreise, die auch die Preise für die übrigen Verbrauchsgüter der Reichseisenbahn stark in die Höhe treibt, bedeuten eine weitere starke Belastung der Reichsbahn, zu deren Ausgleich eine 60prozentige Gütertarifierhöhung erforderlich ist, die nicht etwa bis 1. November verschoben werden kann. Da der Krieg eingeführten Kostendruck für Kohlen, Eisen und Holz sollen auch von der neuen Tarifierhöhung wieder nicht berührt werden. Sie bleiben also auf ihrer bisherigen Höhe. Eine 100prozentige Erhöhung der Personentarife tritt, wie bekannt, am 1. November ein. Auch ihre weitere Erhöhung zum 1. Dezember wird im Ausschuss des Reichseisenbahnrates besprochen werden.

Rathenauprozess.

Der zweite Verhandlungstag im Staatsgerichtshofverfahren gegen die Rathenau-Mörder brachte in der Mittagsstunde die ersten dramatischen Höhepunkte. Bis dahin floß breit, flach, monoton und wohlgeleitet die Erzählung des Älteren Rathenau über die ersten Berliner Zusammenkünfte der Verschwörer, über die Reise mit dem Auto nach Dresden und Freiberg. Der Vorsitzende der Verhandlung, Präsident Hagens, schickte einen Rivolventier und den Straßprojektor aus dem Saal, wiewohl in seiner ganzen Art — die sich später allerdings als sehr zielbewußt erweist — dämpfend und beruhigend. Als nun aber die Fahrt nach Schwertin geschildert wird, läßt der Präsident die Wassytrennplakate die dort geollt wurde, auf den Gerichtstisch legen. Alle Menschen im Saal springen auf und flitzen auf das Werkzeug, dessen inderberische Schüsse politische und wirtschaftliche Wank in Deutschland geschossen haben. Von diesem Augenblick vertritt sich auch bis dahin glücklaufende Verteidigung Rathenaus. Zum Vorsicht kommt seine außerordentliche Belegenheit, die sich durch auffällige Gedächtnischwäche stets schnell verri, und sein frauenhafter geistiger Infantilisimus, seine Verflorenheit und Unbildung. Seine Verteidigung läuft darauf hinaus, bis zum Vorabend nicht gewußt zu haben, daß ein Anschlag auf Rathenau geplant

sei und am Vorabend auch nicht gewußt zu haben, daß bei dieser Fahrt der Anschlag ausgeführt werden sollte. Er vertritt aber bald, selbst schon vorher durch Handschlag verpflichtet gewesen zu sein. Gleich danach leugnet er den Handschlag, und fünf Minuten später erklärt er, er habe die Tat gar nicht als wünschenswert gehalten und sie nicht gebilligt, aber der Handschlag habe ihm keinen Ausweg gelassen. Härterlich hervorgerufen sind seine politischen Verfehlungen, ganz unabweisbar für einen 22jährigen Studenten. Der Staatsvertrag sei eine Schädigung Deutschlands gewesen. Der Präsident erzählt ihm den Inhalt des Vertrags, der Deutschland vor russischen Reparationsansprüchen bewahrt hat. — Ja, aber er habe Deutschland mit der Unernte geschädigt. — Die nationalen Herrschaften haben Rathenau ermorde, weil er zu wenig Rücksicht auf die Entente nahm?

Gelesen hat Rathenau nach eigenem Wunsch nichts als einen Artikel über den Friedensvertrag in der „Zukunft“, aber ein solcher Artikel von Rathenau ist dort niemals erschienen. Dann erzählt er die jüdische Presse hätte nach dem Erscheinen der Broschüre „Die Weissen von Zion“ böse über die Broschüre kommen zu spät, alles sei schon verwickelt. Er will das selber in der Frankfurter Zeitung gelesen haben. Es wird immer offenkundig, daß dieser Student überhaupt nichts las und nichts Gedrucktes aufpassen kann, daß seine politische Meinung ganz aus Schillergeheimnis gebildet wurde. Erklärend ist nur seine Aussage, daß solcher Unsinns im Kasino der Technischen Hochschule gesprochen, also in breiteren Studentenschichten im Umlauf war, ohne Kritik zu finden. Das ist das Material, das man als Werkzeuge für Ministermorde nutzt! Hier und schließlich sprach Rathenau, nur über Ausfahrten und Ausfahrten.

Ein weiteres Kapitel des Kaiserbuches

Die Aera Wilow. — Der Einfluß des Herrn v. Hofstein. Die französische Agentur Radio veröffentlicht ein weiteres Kapitel des Kaiserbuches, das sich mit der Kanzlerschaft des Reichs Wilow und dem Einfluß des Herrn v. Hofstein beschäftigt; den „Leipzig. N. N.“ wird daraus folgender Auszug übermittelt: Die Agentur Radio beginnt mit der Veröffentlichung des Kaiserbuches der Kaiser-Erinnerungen. Wilow sei ein geschickter Kanzler und erfahrener Politiker, dessen Brauchbarkeit der Kaiser während seiner Orientreise und während seines Aufenthalts in Berlin hoch zu schätzen habe. Bekanntlich sei der Kanzler unter dem Einfluß des Herrn v. Hofstein geraten. Hofstein war sehr intelligent. Er hatte ein phantastisches Gedächtnis. Er war groß in politischen Kombinationen, die bei ihm bis zur Marotte gelangten. Er übte Einfluß auf das Abwachen der Beamten des kaiserlichen Amtes aus und hatte die Karriere der jungen Diplomaten in seiner Hand. So war er zeitweise der spiritus rector der auswärtigen Politik. Bemerkenswert war, daß kein wackelnder Einfluß nur hinter den Kulissen bemerkt war. Offizielle Verantwortung wollte er nicht übernehmen. Er wollte in Schatten bleiben. Lange verachtete der Kaiser vergeblich, seine Bekanntschaft zu machen. Er hatte Hofstein wiederholt zu Tisch geladen, aber keine Ehre ab. Nur einmal kam er zu, mit dem Kaiser im kaiserlichen Amt zu sitzen, dabei kam er im Versuch, alle Narigen im Saal. Er entschuldigte sich damit, daß er keinen Feind besitze. Der Kaiser hielt den überliegenden Einfluß Hofsteins hinter den Kulissen für gefährlich. Er fand es unangenehm, daß ein Beamter des auswärtigen Amtes ohne Einverständnis seines Chefs mit den auswärtigen Beamten Erörterungen pflog. Alle Grenzen aber überstieg es, daß die auswärtigen Beamten Hofstein ihren Freund nannten. Zur Not hieß er noch auf den Kanzler, aber was der Kaiser sagte, war für Hofstein ohne Bedeutung. Sobald man einen Erfolg errang, kassierte ihn das auswärtige Amt ein, wenn die Dinge schief gingen, so war dies der Fehler des alten „Impassiva“ jungen Herrschers. Wilow betrachtete Hofstein bald als unentbehrlich. Er arbeitete eng mit ihm zusammen, bis der von diesem unruhigen Menschen ausgehende Druck ihm unentbehrlich wurde. Herr v. Hofstein, der damals Staatssekretär wurde, leistete den Dienst, die unentbehrliche Situation zu unterstützen. Als der Kaiser ihn wegnahm, erwiderte er, das wackeln Rathenaus Hofsteins sei unumgänglich, weshalb der Kaiser die Verabschiedung Hofsteins vorbereiten. Der Kaiser, der schwerförmig war, rügte nach seiner Meinung die Reichsregierung. Hofstein schloß sich bald darauf Nazimitten an, um diesen bei seinem Zeltzug gegen den Kaiser zu helfen. 1901 hatte Graf Wilow verschiedene Abwechslungen mit England zu verhandeln. Er verfolgte die Theorie Wilow, zwei Eisen im Jahre zu halten, d. h. in einzelnen Fällen mit irgend einem Lande freundschaftliche Abmachungen zu treffen, gleichzeitig aber gute Beziehungen zu Rußland zu unterhalten. In dieser Politik wurde er von den Plebisitenministern unterstützt. Der Kaiser spricht sodann von der Erkrankung der Königin Victoria von England, von seiner Reise nach London, wo er von dem Prinzen von Wales und von der königlichen Familie herzlich empfangen wurde. Der Tod der Königin lagte den